Bezugs-Preis

in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8. Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW 7, Dorotheenstraße 32. Tel. I, Nr. 9275.

Dresdner Redaktions-Bureau: Münchner Str. 6.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., für auswärts 30 Pfg. Familien-, Wohnungs- und Stellen-Anzeigen 20 Pf.

Finanzielle Anzeigen, Geschäftsanzeigen unter Text oder an besonderer Stelle nach Tarif. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**. Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme: **Augustusplatz 8, 2te Johannisgasse.**

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10. Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 99. **Sonnabend** 24. Februar 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Die sächsische Erste Kammer nahm gestern die Regierungsvorlage über eine veränderte Zusammensetzung der Ersten Kammer an, nachdem zuvor zwar der Deputationsantrag auf Präsentation von Vertretern der Handelskammern und Gewerbekammern eine Mehrheit, aber nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erlangt hatte. (S. Bericht.)

* Der Reichstag hat gestern endgiltig in dritter Beratung mit großer Mehrheit das Handelsprovisorium mit Amerika angenommen. (S. Bericht.)

* Die Steuerkommission des Reichstags nahm mit 15 gegen 10 Stimmen den Antrag auf Einführung der Wehrsteuer an. Ministerialrat Burckhard erklärte, die bayerische Regierung teile die Bedenken gegen die Wehrsteuer auf Grund der Erfahrungen, die Bayern mit ihr gemacht habe.

* Generaloberst von Wittich, früher Korpskommandeur in Cassel, ist in Würzburg an Herzschlag gestorben.

* Dem österreichischen Abgeordnetenhause ist die Wahlreform vorgelegt worden. Sie benachteiligt die Deutschen, da zwar ihr Besitzstand gewahrt bleibt, die 30 neugeschaffenen Mandate aber den Nichtdeutschen zufallen. (S. Ausl.)

* Französische Offiziere verweigerten an der Spitze ihrer Soldaten, als sie zur Oeffnung einer Kirche kommandiert wurden, den Gehorsam. (S. Ausl.)

Das Provisorium.

Als Fürst Bülow vor wenigen Tagen die Führer der bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der untraitablen Sozialdemokraten, in sein Palais an der Wilhelmstraße zu einem politischen Plauderstündchen einlud, mußte man auf eine heikle Situation der Regierung schließen. Denn unsere Reichsparlamentarier werden nicht verwöhnt. Und wirklich war die Regierung in einer sehr, sehr unangenehmen Lage. Es drohte ihr nämlich, daß ihr Handelsprovisorium mit Amerika einstimmig und womöglich ohne jeden Widerspruch angenommen werde. Eine größere Blamage wäre kaum zu denken gewesen. Das Deutsche Reich sollte auf Grund dieses Provisoriums der Union alle Vorteile des Konventionaltarifs vorläufig bis zum letzten Juni 1907 einräumen, während die Vereinigten Staaten uns dafür nicht eine einzige Zollermäßigung bewilligen wollten, auch keine zu bewilligen versprachen, und nur einige technische Erleichterungen bei der Zollabfertigung, auf deutsch die Einstellung einiger Schikanen, in unsichere Aussicht stellten. Daß dieses Provisorium angenommen wurde, oder besser, angenommen werden mußte, war schon schlimm. Wenn es aber einstimmig angenommen worden wäre, so hätte das Augurenlächeln der Amerikaner in ein schallendes Gelächter umschlagen müssen. Denn für so blöde hätten uns wahrscheinlich selbst die Yankees nicht gehalten. Natürlich konnte diese Gefahr auch der diplomatisch gewiegten und stets wachsamen Reichsregierung nicht entgehen, und es kann daher als sicher gelten, daß es der Zweck der interfraktionellen Besprechung beim Herrn Reichskanzler gewesen ist, wenigstens eine Partei zu bewegen, gegen das Provisorium zu stimmen. Das ist denn auch gelungen. Die Konservativen haben sich in ihrer bekannten Selbstverleugnung dazu bestimmen lassen, die Bangemacher im Reichstage zu spielen, und haben gegen das Gesetz gestimmt.

Im Ernst gesprochen: man darf diesmal den Konservativen dankbar sein. Mag der Egoismus bei ihrem Votum auch die Hauptrolle gespielt haben, so haben sie doch ganz allein die Situation wenigstens einigermaßen gerettet, selbst wenn man annimmt, daß das Provisorium nötig oder unumgänglich gewesen sein sollte. Und leider muß man dieser fatalen Annahme zuneigen, wenn auch nur mit dem ausdrücklichen Bedauern, daß die Angelegenheit bis zu dieser Notwendigkeit hat verfahren werden können. Wir meinen denn doch, daß es eine gewaltige Zumutung für ein Parlament bedeutet, fünf oder sechs Tage vor Ablauf einer zollpolitischen Periode einem halsstarrigen Kontrahenten ein solches Millionengeschenk machen zu sollen, wenn Jahre vorher Zeit gewesen ist, einen regelrechten Vertrag zu schließen oder sich auf das Scheitern der Vertragsverhandlungen vorzubereiten. Diese Art der Geschäftsbehandlung wird noch schlimmer durch den Umstand, daß auch die Zeit des Provisoriums den harten Sinn der amerikanischen Trustmagnaten nicht erweichen dürfte. Es wäre jedenfalls eine Art Weltwunder, wenn diese nüchternen und starknervigen Kalkulatoren, die doch nun einmal den Senat in Washington beherrschen, plötzlich altruistische Anwandlungen bekommen sollten. Nur die andere Möglichkeit bliebe noch, daß nämlich eine totale Verschiebung der parlamentarischen Machtverhältnisse in Amerika eintreten würde. Wer den Mut hat, daran zu glauben, möge es tun. Er wird sich dabei aber nicht einmal in Gesellschaft unserer Reichsbehörden befinden, denn selbst aus jedem Worte vom Bundesratstische konnte man es heraushören, daß die Aussichten, auf gütlichem Wege mit Amerika zu einem Vertragsverhältnis zu gelangen, miserabel sind.

Es bleibt die interessante Frage, wie man es hat zu dieser verfahrenen Situation kommen lassen können. Insbesondere fragt es sich, weshalb die Regierung nicht schon längst, nicht schon vor Monaten eine parlamentarische Erörterung der Vertragsangelegenheit herbeigeführt hat, wozu ihr mehr als ein Mittel zu Gebote gestanden hätte. Sie wäre dann weit besser als so in der Lage gewesen, auf die Herren in Washington einen Druck auszuüben. Sie konnte sich ja eine nicht unwillkommene Schlappe im Reichstage holen, um ihrem guten Willen und zugleich den Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse ad oculos zu demonstrieren. Eindrucksvoller als dieses Zwangsprovisorium, diese unerwiderte Liebesgabe, wäre jedenfalls das wie überhaupt jedes andere Verfahren gewesen. Nun hat zwar Fürst Bülow am Donnerstag ausdrücklich sich dagegen verwahrt, politische Freundschaft mit einer Benachteiligung unserer wirtschaftlichen Interessen erkaufen zu wollen, und es braucht nicht erst bewiesen zu werden, daß ein Staatsmann das Gegenteil nicht — proklamieren darf. Trotzdem ist vielleicht ein gelinder Zweifel erlaubt, ob bei einer minder bedenklichen Weltlage, ob zum Beispiel ohne die Existenz der Marokkofrage und ohne diese endlose Konferenz von Algeciras das Entgegenkommen der deutschen Interessenvertretung diese steile Höhe erklommen hätte. Auch dann freilich bliebe noch manches ungeklärt. Es wäre, um nur eins herauszugreifen, immer noch zu untersuchen, ob selbst unter jetzigen Verhältnissen Herr Delbrück, der preußische Minister für Handel und Industrie, die Verpflichtung haben kann, die Position der Amerikaner zu stärken durch seine Erklärung auf dem Deutschen Handelstage, und wären die amerikanischen Exportartikel Kupfer und Baumwolle bitter not. Sollte diese ministerielle Entdeckung aber nicht mit auf dem Aktionsprogramm der Regierung gestanden haben, so würde das für die Notwendigkeit eines Befähigungsnachweises für Minister sprechen. Erster Prüfungsgegenstand müßte dann sein: Fertigkeit im Leisedenken.

Nun darf konzediert werden, daß durch die Erklärung des Regierungsvertreters bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs die deutsche Position ein wenig besser geworden ist. Graf Posadowsky machte nämlich auf den bis dahin garnicht beachteten Umstand aufmerksam, daß durch das sogenannte Provisorium die Regierung zwar das Recht erhalten würde, Amerika bis zum letzten Juni 1907 die Vertragszölle zu gewähren, aber durchaus nicht die Pflicht. Die Regierung könnte vielmehr jeden Augenblick, ganz nach ihrem Ermessen und entsprechend ihrer Auffassung von den Aussichten der Vertragsverhandlungen, die gewährte Vergünstigung aufheben, wodurch dann von selbst die Sätze des Generaltarifs in Kraft treten würden. Das Gesetz bedingt also durchaus keinen Vertragszustand mit Amerika, sondern eine vom Auslande ganz unabhängige Ermächtigung der Regierung durch den Reichstag. Graf Schwerin-Löwitz, der konservative Wortführer, wollte das Gesetz sogar so interpretieren, als ob es der Regierung auch die Ermächtigung gäbe, nur einen Teil der niedrigeren Konventionalsätze zu gewähren, also ungefähr das, was der Antrag des Freiherrn Heyl zu Herrnsheim der Regierung geben wollte, aber diese Annahme erscheint ziemlich willkürlich. Zwar hat die Regierung dieser Auffassung nicht ausdrücklich widersprochen, aber sie hat sie auch nicht bestätigt, und aus dem Wortlaut des Gesetzentwurfs geht sie jedenfalls ohne Zwang nicht hervor. Immerhin bietet auch so die Ermächtigung der Regierung eine Handhabe, um wenigstens gegebenenfalls einer direkt unwürdigen Gestaltung des Verhältnisses ein schnelles Ende zu bereiten, und es bleibt zu hoffen, daß die Regierung von diesem Pressionsmittel einen recht herzhaften Gebrauch macht.

Die Einkommensteuerstatistik in Sachsen.

II.

Es hat, wie aus den gestern veröffentlichten Aufstellungen hervorgeht, die Zahl der Eingeschätzten mit einem steuerfreien Einkommen von unter 400 ℳ sich sowohl absolut wie relativ stark vermindert. Statt 20,04 Prozent in den Jahren 1879/82 betragen sie nur noch 11,12 Prozent aller Eingeschätzten im Durchschnitt der Jahre 1898/02; setzt man das Ergebnis der ersten Erhebung = 100, so stellt das zweite Ergebnis nur 59 dar. Die Zahl der Eingeschätzten mit einem Einkommen von 400—800 ℳ ist zwar absolut gestiegen, von 531 455 auf 791 988, aber wie von 100 auf 149; im Verhältnis zu allen Eingeschätzten aber ist sie doch eine Kleinigkeit gesunken, von 47,31 Prozent auf 45,70 Prozent. Die dritte Gruppe von 800—1400 ℳ endlich ist am stärksten gestiegen, von 147 302 auf 471 330, aber von 100 auf 320; sie umfaßt gegenwärtig 27,20 Prozent aller Eingeschätzten gegen 13,11 Prozent am ersten Termin. So ist bei der Klasse der „Unbemittelten" zwar nicht zu verkennen, „wie groß noch immer die Zahl der die Lebensnotdurft kaum deckenden und der geringen Einkommen ist" (Noltie S. 169), aber wir dürfen hinzufügen: noch weniger ist der Eindruck der lebhaften Bewegung, des Strebens nach aufwärts zu erkennen, der sie beherrscht. Es rücken immer mehr Eingeschätzte aus den untersten Sphären der Volkswirtschaft herauf in höhere Sphären; gerade die niedersten Gruppen zeigen eine Abnahme, und die Zunahme der nächsthöheren Gruppen erklärt sich aus dem Drang, der ihnen von unten her kam. Was wohl auch so ausgedrückt worden ist: Während in früherer Zeit, nach den Schilderungen der zeitgenössischen Literatur, ein großer Teil der arbeitenden Bevölkerung, ja man darf vielleicht sagen, die große Masse des niederen Volks in Stadt und Land, zumal während der 1830er und 1840er Jahre, in Deutschland in einem Zustand chronischer Not sich befand, ist heute die ganze Masse der Einkommensempfänger um ein paar Grade in die Höhe geschoben. Dafür bietet die Sächsische Statistik einen sicheren Beleg.

In der mittleren Klasse, den Einkommen von 1400—6300 ℳ, stellt sich die Veränderung in den gleichen Jahren wie folgt:

Eingeschätzte mit einem Einkommen:	1879/82		1898/02		1879 b. 82	1898 b. 02
	absolut	in Proz. aller Eingeschätzten	absolut	in Proz. aller Eingeschätzten	relativ	relativ
über 1400 bis zu 2800 ℳ	77507	6,90	181434	10,64	100	288,0
über 2800 bis zu 6300 ℳ	30106	2,68	64582	3,73	100	214,5
über 1400 bis zu 6300 ℳ	107614	9,58	249066	14,37	100	231,4

Die starke Aufwärtsbewegung, die wir bei der Gruppe der Eingeschätzten mit 800—1400 ℳ fanden, wirkt auch in dieser Klasse weiter, und zwar am stärksten in der nächsten der beiden folgenden Gruppen, bei den Einkommen von 1400 bis 2800 ℳ. Sie sind von 77 507 auf 184 434 oder von 100 auf 238 gestiegen; die Gruppe der Einkommen zwischen 2800 und 6300 ℳ von 100 auf 214,5. Auch das Verhältnis zur Gesamtzahl aller Eingeschätzten hat sich bei der ersteren stärker verändert als bei der letzteren; während jene sich von 6,90 Prozent auf 10,64 Prozent hob, umfaßt diese gegenwärtig 3,73 Prozent gegen 2,68 Prozent in dem ersten Termin.

In der Klasse der Wohlhabenden mit einem Einkommen von 6300—16 000 ℳ betrug die Zahl der Eingeschätzten:

Eingeschätzte mit einem Einkommen	1879/82		1898/02		1879 b. 82	1898 b. 02
	absolut	in Proz. aller Eingeschätzten	absolut	in Proz. aller Eingeschätzten	relativ	relativ
über 6300 bis zu 12000 ℳ	6903	0,61	16224	0,94	100	235,0
über 12000 bis zu 16000 ℳ	1436	0,13	3755	0,21	100	261,5
über 6300 bis zu 16000 ℳ	8339	0,74	19979	1,15	100	289,6

Hiernach ist die Zahl der „Wohlhabenden" von 8339 im Durchschnitt der erstgenannten Jahre auf 19 979 im Durchschnitt der Gegenwart, oder von 100 auf 239,6 gestiegen; im Verhältnis zur Zahl aller Eingeschätzten bedeutet das ein Wachstum von 0,74 Prozent auf 1,15 Prozent. Hinter diesem Durchschnitt bleibt die erste Gruppe von 6300—12 000 Mark etwas zurück; ihr absolutes Wachstum erstreckt sich von 100 auf 235; die zweite Gruppe hat ein etwas rascheres Tempo eingehalten; sie hat sich von 100 auf 261,5 gehoben.

Endlich beträgt die Zahl der Eingeschätzten in der Klasse der reichen Leute mit einem Einkommen über 16 000 ℳ:

Eingeschätzt mit einem Einkommen:	1879/82		1898/02		1879 b. 82	1898 b. 02
	absolut	in Proz. aller Eingeschätzten	absolut	in Proz. aller Eingeschätzten	relativ	relativ
über 16 000 b. zu 26 000 ℳ	1409	0,13	3892	0,22	100	276,2
„ 26 000 „ „ 36 000 „	443	0,04	1513	0,09	100	341,5
„ 36 000 „ „ 100 000 „	540	0,05	2071	0,12	100	383,5
„ 100 000	132	0,01	548	0,03	100	415,2
Ueber 16 000 ℳ überhaupt	2924	0,26	8024	0,46	100	317,9

Damit sind wir am anderen Ende der Einkommensskala angelangt und wir erkennen, daß unter den höchsten Einkommen die Tendenz deutlich hervortritt, um rascher zu wachsen, je größer sie sind. Während die Einkommen über 16 000—26 000 ℳ von 1409 im Durchschnitt des ersten Termins auf 3892 im Durchschnitt des letzten Zeitpunkts, oder wie 100 zu 276,2 zunehmen, sind die folgenden Gruppen dieser Klasse immer rascher gewachsen; die Einkommen über 100 000 ℳ sind von 132 auf 548 oder von 100 auf 415,2 gestiegen.

Was sich damit für eine allgemeine Betrachtung ergibt, ist dies: der Zuwachs an Reichtum, den die letzten Jahrzehnte dem Land gebracht haben, ist einerseits dazu verwendet worden, die untersten Schichten der Bevölkerung auf ein höheres Niveau zu heben, ihnen einen zahlenmäßig höheren Anteil am Nationaleinkommen zu verschaffen, andererseits die Kategorie der reichen Leute rascher zu vermehren. Dort treten die Allerärmsten in geringerer Anzahl, hier die Reichsten häufiger auf. Dazwischen stehen die Klassen der Leute mit mittlerem und höherem Einkommen, die in der gleichen Zeit sich wohl auch, aber doch weniger schnell vermehrt haben. Damit ist das Urteil einerseits über die Verelendungstheorie gesprochen, der zufolge die Lage des Proletariats innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft sich immerfort verschlechtert, der zufolge nach den Worten des „Kommunistischen Manifests" der moderne Arbeiter statt mit den Fortschritten der Industrie sich zu heben, immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herabsinkt; eine Anschauung, die solchen Tatsachen gegenüber gegenwärtig auch von sozialistischer Seite nicht mehr in dem alten Umfang aufrechterhalten wird. Anderseits steht das Ergebnis in Widerspruch mit der Akkumulationstheorie, die behauptet, daß die Zahl der Kapitalmagnaten beständig abnehme, daß die Kapitalmassen sich in immer weniger Hände zusammenballten. Endlich widerlegt die Steuerstatistik die Anschauung von dem Schwinden des Mittelstandes, wenigstens wenn man den Mittelstand in weiterem Sinn als die Summe aller Existenzen von mittlerem Einkommen faßt. Es bestätigt sich die Befürchtung nicht, daß die Stufen der Einkommensleiter ausbrechen; wo der alte selbständige Mittelstand schwach geworden ist, sind kleinkapitalistische Unternehmer, höhere Angestellte, besser gelohnte Arbeiter, Agenten usw. getreten.

Freilich — und damit wird jede vorsichtige Beurteilung von Einkommensteuer- und ähnlichen Statistiken schließen — ist mit diesen Zahlen noch nicht das Letzte und Entscheidende gesagt. Selbst abgesehen von allen statistischen Mängeln der Erhebung u. a., bleibt doch verborgen, was hinter ihnen steckt: bleibt unausgesprochen, ob dieser zahlenmäßigen Steigerung der Einkommen eine Vermehrung ihres Wertes, ihrer Kaufkraft parallel ging, ob endlich eine innere Befriedigung der Menschen, die die Entwicklung durchlebten, dem quantitativen Aufschwung entsprach. Und darüber finden wir in der sächsischen Einkommensteuerstatistik keinen Aufschluß.

Deutsches Reich.

Leipzig, 24. Februar.

-o- **Die Wahlreform der sächsischen Zweiten Kammer.** Zu den letzten Beschlüssen der freien Wahlrechtskommission der Zweiten Kammer erklärt heute der Vorsitzende der Kommission Vizepräsident Opitz, daß er nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen im Ausschuß kaum glaube, es werde eine Einigung über bestimmte Vorschläge zustande kommen, und daß dann nichts übrig bleibe, als auf seinen Antrag oder einen ähnlichen Vorschlag zurückzukommen. Ferner wird gemeldet, daß die Kommission in der letzten Sitzung neben den bereits erwähnten Punkten sich auch noch mit der Erörterung des allgemeinen Wahlrechts und der öffentlichen Stimmabgabe nach preußischem Muster befaßte. Man ist zu einer prinzipiellen Stellungnahme gekommen und hat der allgemeinen Wahl und der geheimen Stimmabgabe zugestimmt. Für die öffentliche Wahl erklärten sich 2 Stimmen. Die Kommission hat sich durch ihre Beschlüsse indirekt gegen jede Art von Zensus erklärt.

* **Aus der Budgetkommission des Reichstages.** Für den Bau einer Eisenbahn von Windhuk nach Nebadoth sind als erste Rate 4 Millionen Mark eingestellt; die Gesamtkosten sind auf 11 Millionen Mark veranschlagt. Außeretatmäßig sind bereits zur Vornahme der nötigen Vorarbeiten 200 000 Mark an die Firma Koppel verausgabt worden. Es folgt eine längere Debatte darüber, daß die Kolonialverwaltung diese 200 000 ℳ ohne vorherige Bewilligung des Reichstages angewendet hat. Von Regierungsseite wird erklärt, die Regierung werde bei der Einbringung der Uebersicht über den Haushalt um Indemnität ersuchen. Hieran schließt sich die Abstimmung über die früher zurückgestellten Titel. Für weiße Hilfskräfte sind 426 870 ℳ mehr gefordert, darunter für die Landespolizei mehr 274 000 ℳ. Ein Antrag Paasche will diese Summe streichen, ein Antrag Arendt will die Hälfte der Gehaltsforderung absetzen. Es wird beschlossen, von den einzelnen Positionen die Mehrforderung für die Landespolizei ganz zu streichen. Bei der Beratung des Etats von Samoa erklärt Erbprinz von Hohenlohe auf eine Anfrage des Abg. Erzberger: Ueber die Rückkehr des Gouverneurs Solf auf seinen Posten sei noch keine Entscheidung getroffen worden. Nach einer Debatte über die große Zahl der Beamten und die Kulturarbeit auf Samoa und die vom Gouverneur verfügte Deportation eines Samoaner Häuptlings nach Neu-Guinea werden 19 600 ℳ zur Verringerung der Beamtenzahl gestrichen. Nach Erledigung einiger weiterer Positionen vertagt sich die Budgetkommission auf den 28. Februar.

* **Das Hilfskassengesetz.** Die Kommission des Reichstags für die Vorberatung des Hilfskassengesetzes beendete gestern ihre Generaldiskussion. Die Anschauung der Kommission geht im allgemeinen dahin, daß für die Hilfskassen eine sachverständige Aufsichts- und Kontrollbehörde zu schaffen ist und daß als solche nur das Aufsichtsamt für Privatversicherung in Betracht kommt. Den soliden eingeschriebenen Hilfskassen und den gemeinnützigen Vereinen müsse aber ihre volle Bewegungsfreiheit und der ersteren ihre volle rechtliche Stellung in der Krankenversicherung erhalten bleiben.

* **Mainkanalisation.** In der gestrigen Nachmittagssitzung der Kammer der bayerischen Reichsräte erklärte auf eine Anfrage über die Fortsetzung der Mainkanalisation Verkehrsminister Frauendorfer, daß zwischen Preußen und Bayern ein Einverständnis in dieser Frage dahin erzielt worden sei, daß demnächst Verhandlungen wegen des Abschlusses eines Staatsvertrages eingeleitet werden.

* **Kunst und Politik.** Ueber eine absonderliche Verquickung von Kunst und Politik wird dem „B. T." aus Kiel berichtet: Die Staatsregierung erteilte dem Maler Karl Storch von der Königsberger Kunstschule den Auftrag, zwei Gemälde für das Kieler Universitätsgebäude zu schaffen. Der Künstler wählte als Motiv den Auszug der Kieler Studenten und Turner im Jahre 1848. Das erste Bild sollte den Aufbruch der begeisterten Schar gegen die Dänen auf den Flensburger Höhen darstellen. Die Landeskunstkommission stimmte den Entwürfen zu, aber die Regierung empfand politische Bedenken, die in unseren Beziehungen zu Dänemark begründet scheinen. Sie waren von solcher Stärke, daß der Künstler veranlaßt wurde, von der Ausführung seines Planes für die Kieler Universität Abstand zu nehmen. Auf Anregung der Landeskunstkommission hat Storch sich bereit erklärt, das Motiv für das Nationalmuseum auszuarbeiten. Der Künstler hält gleichzeitig seine Tätigkeit bei der inneren Ausschmückung unserer Universität als erledigt. Der umstrittene Entwurf trug im Wettbewerb den ersten Preis von 2500 ℳ davon.

* **Der Fremdenverkehr in Berlin** hat sehr interessante Momente aufzuweisen, die auch einer größeren politischen Bedeutung nicht entbehren. 1906 überschritt der Berliner Fremdenverkehr zum ersten Mal die Million, es wurden 1 067 774 Fremde angemeldet, gegen 948 769 im Vorjahre. Das Ausland war daran mit 159 072 = 16 Prozent beteiligt. An erster Stelle stehen von den Fremden die Russen, 58 806 wurden in dem genannten Jahre gemeldet, das ist aber nur ein Teil der angekommenen Russen, eine große Anzahl wird aus bestimmten Gründen nicht gemeldet; viele sind bei hier wohnenden Fremden und Verwandten abgestiegen. An zweiter Stelle folgen die Oesterreicher mit 27 109; dann kamen die Amerikaner mit 18 751. Der Besuch ist für Berlin um so angenehmer, als die Amerikaner massenhaft zu einer Zeit kamen — Juli, August — in welcher Berlin sonst nicht von Fremden überfüllt wird. Im weiten Abstand folgen die Engländer mit 10 432 Besuchern; sie kamen am stärksten im September. An fünfter Stelle stehen die Dänen, die das Fremdenkontingent um 7124 Personen vermehren, jetzt erscheinen erst die Franzosen mit 7070 Personen. Es fällt auf, daß der französische Besuch immer schwächer geworden ist; die Holländer senden 5346 Personen, aus Schweden kamen 4898, aus der Schweiz 4514. Nun folgt Belgien mit 2869 Gästen, die Balkanstaaten mit 2470, Italien mit 1954, Norwegen mit 1923. In weitem Abstand geht es abwärts: Afrika schickte uns 902 Fremde, Asien 866, dann kommt erst Spanien mit 776. Die Türkei mit 430, Portugal mit 387 und Australien mit 186 bilden den bemerkenswerten Abschluß dieser Liste, die uns in erster Linie zeigt, wohin unsere Interessen zu gravitieren haben, nach: Rußland, Amerika, England.

* **Preußischer Landtag.** Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die dritte Lesung des Entwurfs zu dem Kreis- und Provinzialabgabengesetz, worüber sich eine längere Generaldiskussion entspinnt, in der sich die Freisinnigen gegen das Gesetz aussprechen. In der Spezialdebatte werden sodann die Paragraphen 1 bis 5 ohne Debatte angenommen. Nach längerer unerheblicher Debatte werden auch die folgenden Paragraphen mit einigen unwesentlichen Aenderungen und darauf das Gesetz als Ganzes in dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Lesung des Etats des Finanzministeriums. Ohne erhebliche Debatte wird der noch zu beratende Rest des Finanzministeriums erledigt. Bei dem Titel „Wohlfahrtszwecken für den Umbau des Schauspielhauses" regt Abg. Funck (Freis. Volksp.) an, ganz billige Eisenbahnkarten an die Arbeitervereine zu überlassen, um dadurch ein gut Stück Sozialpolitik zu treiben.

* **Kleine politische Nachrichten.** König Oskar von Schweden empfing gestern nachmittag den Besuch des Reichskanzlers und erwiderte ihn später. — Gestern starb in Berlin der krankheitshalber nach Europa heimgekehrte kaiserliche Gesandte in